

"Anfälligkeit" der Angestellten - "Immunität" der Arbeiter? Mythen über die Wähler der NSDAP [1990]

Falter, Jürgen W.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Falter, J. W. (2013). "Anfälligkeit" der Angestellten - "Immunität" der Arbeiter? Mythen über die Wähler der NSDAP [1990]. *Historical Social Research, Supplement*, 25, 90-110. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-388163>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

„Anfälligkeit“ der Angestellten – „Immunität“ der Arbeiter? Mythen über die Wähler der NSDAP [1990]

Jürgen W. Falter*

Abstract: »'Vulnerable' Middle Class – 'Immune' Working Class? Popular Myths Concerning NSDAP Voters«. This contribution challenges the often-cited middle-class thesis that concerns the idea of the NSDAP party being a movement mainly rooted in the German white-collar environment. According to this thesis, working-class members were rather immune to the ideas of National Socialism before 1933, whereas white-collar employers were attracted to it at a rate above average. The author rejects this notion as part of historical myth-making and folk-pedagogical intentions. A critical reassessment of interpretations before and after 1945 concerning NSDAP electoral success shows a tendency to come to allegedly obvious conclusions without necessary empirical data. Examining the results of historical voter and election research, the author comes to the conclusion that the NSDAP was not a middle-class phenomenon, and that members of the working class were not at all as underrepresented among NSDAP voters as claimed by the middle-class thesis.

Keywords: NSDAP, voters, middle-class thesis, working class.

Nach einem bekannten, wenn auch im wissenschaftlichen Alltag nicht immer beherzigten Diktum des amerikanischen Soziologen Robert K. Merton sollte man sich vor dem Versuch, Erklärungen für historische Tatsachen zu finden, vergewissern, daß es sich wirklich um Tatsachen handelt und nicht um Legenden. Denn immer wieder würden in der Wissenschaft Erklärungen für Dinge angeboten, die niemals existiert hätten.¹ Es ist offenkundig, daß sich noch so elegante historische Erklärungen dann als sinnlos erweisen, wenn sich herausstellt, daß die sozialen „Gegebenheiten“, die sie erklären sollen, nicht in der Wirklichkeit, sondern nur in den Köpfen der Interpreten vorhanden sind. Die Vorstellung einer beträchtlichen, wenn nicht sogar fast totalen Immunität von Arbeitern und, komplementär dazu, einer weit überdurchschnittlichen Anfäll-

* Reprint of: Jürgen W. Falter. 1990. „Anfälligkeit“ der Angestellten – „Immunität“ der Arbeiter? Mythen über die Wähler der NSDAP. In *Die Schatten der Vergangenheit: Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus*, ed. U. Backes, E. Jesse und R. Zitelmann, 265-90. Berlin: Propyläen.

¹ Vgl. R. K. Merton u.a., *Sociology Today: Problems and Prospects*, New York 1959, S. XIII. Hier referiert nach R. F. Hamilton, *Who Voted for Hitler?*, Princeton 1982, S. 462f.

lichkeit von Angestellten gegenüber dem Nationalsozialismus vor 1933 stellen Beispiele solch – nach heutigem Wissensstand – imaginärer, lange Zeit jedoch von der Geschichtswissenschaft nicht systematisch hinterfragter historischer „Gegebenheiten“ dar.

Historische Legenden bilden sich vor allem dann heraus, wenn von der Geschichtswissenschaft Sachverhalte ohne empirische Überprüfung deswegen als selbstverständlich akzeptiert werden, weil sie sich gut in ein bestimmtes theoretisches oder weltanschauliches Deutungsmuster einfügen. Lange Zeit hat in der Tat in der deutschen wie in Teilen der internationalen Geschichtswissenschaft die einerseits von marxistischen Denktraditionen bestimmte, andererseits von gewiß ehrenwerten, wissenschaftlich aber kontraproduktiven volkspädagogischen Absichten inspirierte Auffassung² dominiert, die NSDAP sei vornehmlich eine Kleinbürgerbewegung gewesen, die weder für die Ober- noch für die Unterschicht besondere Attraktivität entfaltet habe. Gegen derartige, im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus gehäuft auftretende Legendenbildungen wandte sich der Münchner Historiker Martin Broszat mit seinem Plädoyer für eine „Historisierung des Nationalsozialismus“. Bevor wir uns mit den beiden genannten Beispielen derartiger Legendenbildung näher beschäftigen, erscheint es sinnvoll, einige Aspekte einer solchen „Historisierung“ des Nationalsozialismus zu diskutieren.

Historisierungsforderung und Werturteilsproblematik: Ein Exkurs

Die genaue Bedeutung der Forderung Broszats ist auch heute, rund zehn Jahre nach seinen ersten Veröffentlichungen zu diesem Thema, nicht ganz einfach zu rekonstruieren. Dies liegt vermutlich an zwei Gründen. Zum einen greift Broszat mit dem Ausdruck „Historisierung“ auf einen Begriff zurück, der bedeutungsmäßig durch den „Verstehensbegriff des deutschen Historismus im 19. Jahrhundert mit seinem [...] einseitigen Identifikationsmuster“ besetzt war,³ wie er selbst einige Jahre später einräumte. Dagegen beruhe der von ihm vertretene Historisierungsbegriff „auf einem Prinzip kritischen, aufklärerischen historischen Verstehens [...]“, weshalb man vielleicht besser von „historischer Einsicht“ reden solle.⁴ Läßt sich eine solche Verwirrung durch die begriffliche Gleichsetzung zweier unterschiedlicher Konzeptionen von Geschichtswissenschaft defintitorisch noch verhältnismäßig leicht klären, so werfen die Schwierigkeiten einer eindeutigen Rekonstruktion und Umsetzung der Historisierungs-

² Beide Aspekte arbeitet Hamilton (Anm. 1), S. 462–74, plausibel heraus.

³ M. Broszat, Was heißt Historisierung des Nationalsozialismus?, in: Historische Zeitschrift 1 (1988), S. 2.

⁴ Ebd., S. 2.

forderung Broszats in konkrete Forschungsanweisungen größere Probleme auf, da sie in einer Vermengung methodologischer, moralischer und substanzwissenschaftlicher Maximen zu suchen sein dürften. Ich will mich hier auf seine methodologischen Forderungen konzentrieren. Broszat verlangt, die NS-Epoche müsse „mit der gleichen differenziert angewandten Methodik wie andere Geschichtsepochen“ aufgearbeitet,⁵ unsere Erkenntnis, darüber im „Säurebad der Ernüchterung des Historismus“⁶ geläutert werden. Eine bloß politisch-moralische, in volkspädagogischer Absicht betriebene Aufarbeitung und eine Hand in Hand damit gehende, „aus gut gemeinten didaktischen Gründen“⁷ erfolgende methodische Sonderbehandlung des Nationalsozialismus sei unfruchtbar.⁸

Soweit verläßt Broszat das wissenschaftstheoretisch hinlänglich gesicherte Gelände einer empirisch-analytisch ausgerichteten Forschungstradition, die allerdings für die deutsche Geschichtswissenschaft alles andere als selbstverständlich ist, nicht. Wenn er jedoch seine Historisierungsforderung dann als „einerseits [...] distanzierende, analytisch zu gewinnende Erklärung und Objektivierung, andererseits aber auch als begreifende subjektive Aneignung und Nachvollzug vergangener Handlungen, Betroffenheiten und Verfehlungen“⁹ beschreibt, entstehen erste methodologische Probleme,¹⁰ die durch seine Ausführungen zur Wertfreiheit einer in seinem Sinne historisierten Zeitgeschichte verschärft werden. Denn wertfrei, so Broszat an anderer Stelle, könne und dürfe eine richtig verstandene historistische Forschung nicht sein:

„Bei der Erforschung des Nationalsozialismus ist das Moralische im Gegenstand des historischen Erkennens so sehr impliziert, daß der Historiker genug damit zu tun hat, [...] über das bestmögliche Erkennen auch zu einer Bewertung zu gelangen, die es sich mit der Moral nicht zu leicht macht.“¹¹

Angesichts der unvorstellbaren Greuel von Auschwitz und der Hekatomben von Toten des Zweiten Weltkriegs ist es nicht leicht, wissenschaftstheoretische

⁵ M. Broszat, Die neue Reihe „Deutsche Geschichte der neuesten Zeit“, in: H. Graml und K.-D. Henke (Hrsg.), Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat, München 1986, S. 152f.

⁶ M. Broszat, Die Ambivalenz der Forderung nach mehr Geschichtsbewußtsein, in: Ebd., S. 321.
⁷ Broszat (Anm. 5), S. 152.

⁸ Dieses Urteil muß übrigens ebenso für die Behandlung des Reichstagsbrandes oder die Darstellung der Rolle der Wehrmacht im Zusammenhang mit der Judenvernichtung durch SS-Einsatzkommandos bei manchen eher konservativen Historikern wie für die neuerdings wieder gehäuft auftretenden Forderungen nach einer antifaschistisch orientierten „Faschismusforschung“ durch einige „linke“ Historiker gelten. Einen methodologischen Sonderstatus der historischen Forschung über Nationalsozialismus und Drittes Reich kann es aus wissenschaftlichen Gründen nicht geben.

⁹ Broszat (Anm. 3), S. 2.

¹⁰ Was Broszat hier fordert, ist zwar nicht die Identifikation im Sinne des klassischen Historismus, wohl aber eine Art Empathie, die methodologisch gesehen ein funktionales Äquivalent dazu darstellen dürfte.

¹¹ M. Broszat, Grenzen der Wertneutralität in der Zeitgeschichtsforschung: Der Historiker und der Nationalsozialismus, in: Graml/Henke (Anm. 5), S. 112.

Maximen auf die zeitgeschichtliche Forschung über den Nationalsozialismus anzuwenden. Doch werden selbst durch solche weltgeschichtlich in ihrer Grausamkeit und mörderischen Konsequenz bisher einmaligen¹² – und hoffentlich auch einmalig bleibenden – Ereignisse die Gesetze der Logik, auch die der Wissenschaftslogik, nicht außer Kraft gesetzt. Nach diesen Gesetzen ist es mit erfahrungswissenschaftlichen Mitteln, d.h. mit den Mitteln der Beobachtung und der logischen Schlußfolgerung, nicht möglich, Werturteile¹³ zu fällen oder zu begründen. Denn logische Schlüsse geben in der Folgerung nur das wieder, was in ihren Prämissen bereits enthalten ist. Werturteile lassen sich nur mit Hilfe weiterer Werturteile, beschreibende und erklärende Aussagen nur mit Hilfe anderer beschreibender oder erklärender Aussagen begründen. Dieser logische Dualismus zwischen Sein und Sollen erlaubt es nicht, ohne zusätzliche normative Prämissen aus der Tatsache, daß etwas der Fall ist oder sich ereignet hat, darauf zu schließen, daß es auch so (oder anders) sein sollte.

Als Kern des Werturteilsproblems ist aus erfahrungswissenschaftlicher Sicht nicht etwa die häufig unterstellte Annahme anzusehen, daß wertfreie Forschung notwendig und möglich sei, sondern die schon von David Hume nachgewiesene Unmöglichkeit, Werturteile aus Tatsachenaussagen ableiten zu können.¹⁴ Überdies tragen Werturteile nichts zum Informationsgehalt empirischer Aussagen bei, da die Präferenzen des Forschers nichts über den Gegenstand, sondern nur etwas über die Vorlieben und Abneigungen des Wissenschaftlers selbst aussagen. Deshalb sind sie innerhalb erfahrungswissenschaftlicher Aussagensysteme nicht zweckmäßig; und da sie nun einmal nicht empirisch, sondern nur normativ begründet werden können, ist der erfahrungswissenschaftlich vorgehende Historiker *als Erfahrungswissenschaftler* nicht berechtigt, praktische Empfehlungen als Ergebnisse wissenschaftlicher Erkenntnisse hinzustellen.¹⁵

¹² Trotz ihrer Einmaligkeit ist die Judenvernichtung natürlich nicht „unvergleichbar“, wie einige Protagonisten des sogenannten Historikerstreites meinten. Sie erlagen dabei einem sprachlogischen Mißverständnis und übersahen, daß eine zwingende Voraussetzung für den Nachweis der Einmaligkeit eines Ereignisses der Vergleich mit anderen, damit zwar nicht identischen aber typologisch möglicherweise gleichartigen Ereignissen ist.

¹³ Als Werturteil ist hier eine Aussage zu verstehen, die etwas als moralisch verwerflich oder vortrefflich, als gut oder böse, schlecht oder empfehlenswert bezeichnet.

¹⁴ Die Ausführungen zur Werturteilsproblematik in der Geschichtswissenschaft stellen eine Paraphrase der entsprechenden Abschnitte meines Buches dar: „Der ‚Positivismusstreit‘ in der amerikanischen Politikwissenschaft. Entstehung, Ablauf und Resultate der sogenannten Behaviorismus-Kontroverse in den Vereinigten Staaten 1945–1975“, Opladen 1982, S. 239ff. und S. 188f.

¹⁵ H. Albert, Max Weber und das Problem der Wertfreiheit und der Rationalität, in: H. Albert, und E. Topitsch, E. (Hrsg.), Werturteilsstreit, Darmstadt 1971, S. 201. Natürlich ist es dem Historiker als engagiertem Beobachter unbenommen, auch innerhalb eines wissenschaftlichen Werkes seine Vorlieben und Abneigungen kundzutun, doch sollten sie nicht mit einem Wahrheitsanspruch versehen, sondern eindeutig als Werturteile gekennzeichnet werden.

Gegen diese Position wird häufig eingewandt, Werturteilsfreiheit sei nicht möglich, weil Werturteile an den verschiedensten Stellen der geschichtswissenschaftlichen Forschung wirksam würden. Das ist jedoch aus empirisch-analytischer Sicht eine Binsenwahrheit. Selbstverständlich sind die Fragestellungen historischer Untersuchungen ebenso wertgeleitet wie die Entscheidung, überhaupt Erfahrungswissenschaft (und nicht etwa Geschichtsphilosophie) zu betreiben, oder der Versuch, die Forschungsergebnisse einer bestimmten Verwertung zuzuführen. Natürlich beschäftigt sich der historische Forscher auch mit Werthaltungen von Akteuren und mit Ideologien, doch stellen diese für ihn soziale Tatsachen, d.h. Gegenstände seiner Forschung dar. Die Bewertung eines Ereignisses oder einer anderen Person durch einen Akteur, die positive oder negative Einschätzung der Regierungsaktivitäten oder Parteiprogramme durch die Wähler, die Vorurteile gegenüber bestimmten ethnischen und religiösen Gruppen sind wichtige Objekte der Geschichtswissenschaft. Werte sind darum auch in der Geschichtswissenschaft von Bedeutung, sei es im sogenannten Entdeckungs- und Verwertungszusammenhang oder, als Untersuchungsgegenstand, innerhalb des sogenannten Rechtfertigungs- oder Begründungszusammenhangs. Die Tatsache jedoch, daß wir uns aufgrund eigener oder fremder Wertpräferenzen für die Untersuchung bestimmter Fragestellungen und Gegenstände entscheiden, macht deren unparteiische, von Vorurteilen weitestgehend freie Analyse nicht prinzipiell unmöglich. Andernfalls wären auch die Naturwissenschaften davon betroffen.

So wie der Krebsforscher, der seinen Untersuchungsgegenstand nicht zuletzt deshalb gewählt hat, weil er ihn bekämpfen will, wird sich auch der mit der Verfolgung von Minderheiten, der Entstehung des biologischen Antisemitismus oder mit Vernichtungslagern beschäftigte Historiker davor hüten, seine Abneigung gegenüber seinem Forschungsobjekt auf die Analyse abfärben zu lassen. Er würde damit seinem Anliegen, objektive, d.h. vom Einzelforscher unabhängig gültige wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen, keinen guten Dienst erweisen. Analog bedeutet die Entscheidung für ein primär erkenntnisorientiertes Wissenschaftsideal, die selbstverständlich ebenfalls wertgeleitet erfolgt, nicht zwangsläufig, daß die auf der Basis dieser Entscheidung gewonnenen historischen Aussagen selbst den Charakter von Werturteilen annehmen müßten.

Auch das bei Broszat implizit angesprochene Argument, die Gegenstände der NS-Forschung wiesen gewissermaßen inhärente Wertqualitäten auf, weshalb sie nicht neutral oder wertfrei analysiert werden könnten oder dürften, basiert selbst im Falle solcher historischer Schlüsselereignisse wie des Holocaust auf einem „Mißverständnis der logischen Grammatik unserer Sprache“ (Albert). Die Annahme, daß bestimmte (oder alle) historischen Gegenstände inhärente Wertqualitäten aufwiesen, ist eine durch Beobachtungstatsachen weder zu beweisende noch zu widerlegende Behauptung. Die Forschungsgegenstände der Geschichtswissenschaft, d.h. die untersuchten Handlungen, Einstellungen,

Persönlichkeiten, Institutionen oder Herrschaftssysteme enthalten keine Wertqualitäten an sich. Sie werden vielmehr „von außen“, aufgrund bestimmter Wertsysteme, moralisch akzeptiert oder verworfen. Die Vernichtung menschlichen Lebens durch Krieg oder Genozid ist aus dieser Perspektive daher auch nicht „böse“ oder „verwerflich“ *an sich*, sondern wird dazu erst im Lichte unserer humanitären Werte oder unserer Konzeption des Sittengesetzes. Die Konsequenz dieses prinzipiellen analytischen Unvermögens ist jedoch – anders, als manchmal unterstellt wird – nicht notwendigerweise „Wertnihilismus“ oder „moralische Abgestumpftheit“; auch resultiert aus ihm keineswegs zwingend ein Verzicht des Forschers auf jegliche ethische Orientierung. Denn auch der strikt erfahrungswissenschaftlich argumentierende Historiker ist durchaus in der Lage, im Lichte allgemeinverbindlicher Wertvorstellungen die Judenvernichtung als „unmenschlich“ oder den Archipel Gulag als „grausam“ zu charakterisieren. Was er allerdings nicht kann und wozu auch wissenschaftstheoretisch Andersdenkende logisch nicht in der Lage sind, ist *die empirische Fundierung* dieser Wertmaßstäbe. Als Konsequenz daraus ergibt sich, daß auch der bewußt erfahrungswissenschaftlich vorgehende Historiker in der Lage, ja angesichts der Monstrosität der nationalsozialistischen Verbrechen dazu aufgerufen ist, seine Fragestellungen nicht nur an innerwissenschaftlichen Bedürfnissen, sondern auch an einem expliziten normativen Bezugsrahmen auszurichten. Doch ist es aus der Sicht der modernen Wissenschaftstheorie weder nötig noch möglich, diesen Bezugsrahmen *empirisch* zu begründen.

Schließlich ist es auch nicht von ausschlaggebender Bedeutung, ob der einzelne Historiker selbst die angestrebte Wertfreiheit erreichen kann, woran mit gutem Grunde zu zweifeln ist, da in die Auswahl seiner Quellen, in die Gewichtung ihrer Bedeutung und ihre Interpretation Vorurteile einfließen können. Dies gilt sicherlich in verstärktem Maße für die Zeitgeschichte, da der Forscher hier in besonderer Weise von dem, was er untersucht, betroffen ist. Naturwissenschaftler haben es in dieser Hinsicht leichter, obwohl subjektive und objektive Betroffenheit des einzelnen Forschers sicherlich auch auf dem Gebiet der Ökologie oder der Klimaforschung gegeben ist. Doch übersieht das – vermutlich stichhaltige – Argument, es sei für den einzelnen Wissenschaftler nur sehr schwer oder vielleicht sogar gar nicht möglich, die angestrebte Wertfreiheit zu erreichen, zweierlei: Zum einen bezieht sich das Problem der Wertfreiheit nicht auf das theoretische Vorverständnis des Wissenschaftlers, d.h. auf den Bereich der Forschungspsychologie, sondern auf die Einführung von Werturteilen in wissenschaftliche Aussagensammenhänge, d.h. den Bereich der Wissenschaftslogik. Zum anderen bleibt unberücksichtigt, daß Forschung nicht nur in jeweils individuellem, sondern in gemeinsamem Streben nach Wahrheitsannäherung besteht. Wissenschaft ist nicht nur individuelles Forschen, sondern ein sozialer Prozeß von These und Gegenthese, von Kritik und Gegenkritik, der die Chance eröffnet, daß die nichtkognitiven Elemente aus den historischen Aussagensammenhängen allmählich ausgeschieden

werden und damit das vom einzelnen Forscher vielleicht nicht einlösbar, methodisch aber dennoch höchst sinnvolle Wertfreiheitspostulat kollektiv bewältigt wird.¹⁶

Obendrein würde durch den Nachweis, daß sich Wertfreiheit für den einzelnen in der Geschichtswissenschaft nicht erreichen ließe, das systematische Argument, daß Werturteile sich nicht aus Tatsachenaussagen gewinnen lassen und keinen zusätzlichen empirischen Erkenntnisgewinn bringen, sondern die Erkenntnis der Wirklichkeit tendenziell verzerren, nicht widerlegt. Der prinzipiell oder punktuell erfolgreiche Nachweis der Nichtpraktizierbarkeit der Wertneutralitätsforderung durch den einzelnen Wissenschaftler könnte die Position des wissenschaftlichen Wertneutralismus nur dann widerlegen, wenn der Beweis geführt werden könnte, daß Wertaussagen sich entgegen der Auffassung der analytischen Wissenschaftstheorie doch aus Tatsachenaussagen logisch ableiten lassen. Da dieser Beweis bisher, wenn man von logischen Trivia einmal absieht, nicht geglückt ist, bleibt dem empirisch-analytisch orientierten Historiker gar keine andere Wahl, als in wissenschaftlichen Aussagenzusammenhängen auf die Abgabe von Werturteilen zu verzichten oder zumindest Wert- und Tatsachenaussagen strikt voneinander zu trennen.¹⁷

Eine Metapher kann hier vielleicht zur Verdeutlichung beitragen: Selbst wenn es nur wenige gibt, die ihre Muttersprache makellos beherrschen, ist es doch sinnvoll, das Ideal, fehlerfrei Deutsch zu sprechen, ständig anzustreben, damit man eine optimale Verständigung erreichen kann. Als methodisches Prinzip, d.h. als wissenschaftlicher Verhaltenskodex, ist darum die von Broszat geforderte Bemühung um größtmögliche Objektivität, zu der nach empirisch-analytischer Ansicht untrennbar auch das Streben nach möglichst geringer Verzerrung der Forschungsergebnisse durch moralische Urteile gehört, für den

¹⁶ Ein häufig – etwa auch von H.-U. Wehler oder Peter C. Ludz – geäußerter Einwand, daß spätestens die verwendeten historischen Begriffe Einfallspforten für Werturteile darstellten, greift nicht als Argument gegen die Maxime der Wertfreiheit: Aus empirisch-analytischer Sicht stellen Begriffsdefinitionen Verabredungen über die Verwendung der definierten Ausdrücke dar; sie sind mithin Sprachkonventionen und bezeichnen nicht etwa irgendwelche unveränderbaren Wesenszüge der bezeichneten Gegenstände. Solche Nominaldefinitionen mögen zwar aufgrund von Wertpräferenzen zustande kommen. Beurteilt werden sie im Rahmen der empirisch-analytischen Wissenschaftsauffassung aber ausschließlich nach ihrer theoretischen Fruchtbarkeit; und ihren logischen Qualitäten wie Eindeutigkeit, Widerspruchsfreiheit, Extension oder Intension.

¹⁷ Die von Gunnar Myrdal vorgeschlagene und auch etwa von Hans-Ulrich Wehler vertretene Lösung, die einer empirischen Untersuchung zugrunde liegenden oder durch bewußte Zielentscheidung zugrunde gelegten Wertpositionen zu explizieren, macht vor allem für praxisorientierte Wissenschaften, also dort, wo Wissenschaftler Vorschläge zur Bewältigung von praktischen Problemen unterbreiten, durchaus ihren Sinn. Es ist dies als ein – nicht immer erfolgreicher – Versuch zu werten, die unzulässige Vermischung von Tatsachen und Werturteilen, durch die nicht zuletzt auch Legendenbildungen gefördert werden, zu verhindern.

Bereich der Geschichtswissenschaft einschließlich der Erforschung des Nationalsozialismus nicht nur sinnvoll, sondern geradezu unabdingbar.

„Wissenschaftliche“ Legenden und wissenschaftliche Erklärungen

Auch wenn Broszats Werturteilsposition nicht mit der hier vorgestellten Ansicht übereinstimmt, deckt sich doch seine Forderung nach Historisierung des Nationalsozialismus und nach Anwendung einheitlicher Forschungsmethoden mit einer strikt erfahrungswissenschaftlich orientierten Aufgabenbestimmung der Geschichtswissenschaft, deren Streben nach größtmöglicher Objektivität für historiographische Mythenbildung keinen Platz läßt. Wie solche Geschichtslegenden aufkommen und ein langes und erfolgreiches Leben führen können, soll im folgenden anhand zweier eng miteinander verbundener, sich geradezu komplementär zueinander verhaltender Beispiele diskutiert werden, der Legende von der Immunität der Arbeiterschaft und der Legende von der ausgeprägten Anfälligkeit der Angestellten.

Die meisten zeitgenössischen Rekonstruktionsversuche der parteipolitischen Herkunft oder sozialen Zusammensetzung der NSDAP-Wählerschaft stellen Beschreibungen (die richtig oder falsch sein können, dies wollen wir später diskutieren) aber noch keine Erklärungen dar. Sie geben – in zumeist spekulativer Form – Auskunft darüber, woher die Wähler des Nationalsozialismus gekommen sind. Die Frage, warum bestimmte soziale Schichten oder Wählergruppen sich zwischen 1928 und 1933 überdurchschnittlich häufig dazu entschieden haben, NSDAP zu wählen, und warum dies für andere Kategorien von Wählern nicht gilt, wird dadurch noch nicht beantwortet. Erklärungen im wissenschaftlichen Sinne bedeuten vielmehr die Zurückführung solcher Einzelereignisse (oder Klassen von Einzelereignissen) auf soziale Regelmäßigkeiten, d.h. allgemeine Verhaltensgesetze, aus denen sich das zu erklärende Ereignis im Idealfall ableiten oder zumindest plausibel machen läßt. Dies ist jedoch nur möglich, wenn von den angebotenen Erklärungen mehrere Bedingungen gleichzeitig erfüllt werden: So muß ganz im oben ausgeführten Sinne zunächst einmal gewährleistet sein, daß das, was man zu erklären beabsichtigt, auch tatsächlich gegeben ist. Ferner müssen die angeführten Gründe (die sozialen Regelmäßigkeiten) tatsächlich vorliegen (denn ein soziales Phänomen läßt sich nicht auf etwas, was es gar nicht gibt, ein Hirngespinnst also, zurückführen). Und schließlich muß eine logische Ableitungsbeziehung zwischen dem zu erklärenden Ereignis und den angeführten Ursachen bestehen (da sonst nicht gewährleistet ist, daß die angeführten Ursachen tatsächlich auf das zu erklärende Ereignis anzuwenden sind).

Dies alles mag zunächst ein wenig abstrakt klingen, wird aber durch das folgende Beispiel möglicherweise klarer: Wenn ein zeitgenössischer Sozialfor-

scher wie Hendrik de Man die von ihm unterstellte (wenn auch mitnichten bewiesene) hohe Anfälligkeit des Neuen Mittelstandes der Beamten und Angestellten gegenüber dem Nationalsozialismus durch die Tatsache zu erklären versucht, daß dieser durch wachsende Proletarisierungsfurcht in die Arme der NSDAP getrieben worden sei, so setzt er stillschweigend dreierlei voraus: (a) daß immer (oder doch zumindest mit einer gewissen, angebbaren Wahrscheinlichkeit) und überall (bzw. zumindest unter bestimmten Bedingungen) Proletarisierungsfurcht die Wahl rechtsextremer Parteien begünstigt; (b) daß die meisten der zur NSDAP übergewechselten Beamten und Angestellten von Proletarisierungsfurcht befallen gewesen seien; und (c) daß dies der Hauptgrund für ihre NSDAP-Wahl gewesen sei. Eine derartige Erklärung der überdurchschnittlichen Anfälligkeit von Angestellten und Beamten gegenüber dem Nationalsozialismus wäre natürlich dann sinnlos, falls entweder der Neue Mittelstand gar nicht in dem vorausgesetzten Maße NSDAP gewählt hätte, falls der Neue Mittelstand gar nicht so stark von Proletarisierungsfurcht befallen gewesen wäre oder falls die These, daß Proletarisierungsfurcht zu wachsender politischer Radikalisierung führe, in der sozialen Wirklichkeit nicht zuträfe. Die Hauptaufgabe des sich mit Wahlanalysen befassenden Historikers besteht – ganz im Sinne der Historisierungsforderung Broszats – darin, derartige Annahmen möglichst genau und umfassend zu überprüfen, also im vorliegenden Falle zuerst einmal die Wähler des Nationalsozialismus und die Umstände ihres Wechsels zur NSDAP methodisch abgesichert zu beschreiben, bevor er nach Erklärungen für die von ihm festgestellten Vorgänge sucht. Eine andere, damit verwandte, aber nicht identische Aufgabe ist es zu prüfen, ob die von den vorliegenden Erklärungen unterstellten Verhaltensweisen und sozialen Gesetzmäßigkeiten tatsächlich zutreffen, ob also die angebotenen Erklärungshypothesen richtig sind.

Zeitgenössische Interpretationen

Daß es die Mittelschichten, und hier wieder besonders die Kleinbürger, und nicht die Angehörigen der Oberschicht oder gar die Arbeiter waren, die für Hitler gestimmt hätten, wurde schnell zum interpretatorischen Allgemeingut der Zeitgenossen. Gleich nach der Reichstagswahl 1930 wurden von Soziologen und Publizisten speziell die sogenannten Stehkragenproletarier, also die kleinen und mittleren Angestellten und Beamten, als „Material und soziale Grundlage“ des Nationalsozialismus identifiziert.¹⁸ So ist sich der bekannte

¹⁸ A. Schifrin, *Gegenrevolution in Europa*, in: *Die Gesellschaft*, 1931, 8, H. 1, hier zitiert nach Hovorka, N., *Zwischenspiel Hitler. Ziele und Wirklichkeit des Nationalsozialismus* (Sonderabdruck der Berichte zur Kultur- und Zeitgeschichte), 2. Aufl., 1932 (im folgenden zitiert als „Berichte“), S. 62.

Soziologe Theodor Geiger ganz sicher: „Niemand zweifelt daran, daß der Nationalsozialismus [...] seinen Wahlerfolg wesentlich dem Alten und Neuen Mittelstand verdankt [...].“¹⁹ Die „zeit-inadäquate Ideologie“, die „noch immer auf den Voraussetzungen [fußt], die zur berufsständischen Zeit des Frühkapitalismus gültig waren,“ lasse den Alten Mittelstand (Handwerker und Kleinhandel) immer „deutlicher als ein Relikt einer anderen Epoche erscheinen, das es nach jedem Schritt der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung noch schwerer hat, sich zu behaupten.“ Dadurch seien seine Angehörigen „zu ewig Unzufriedenen“ geworden, die notwendigerweise von jedem politischen Regime enttäuscht werden müßten „und daher jeweils bei der nächsten Wahl nach der entgegengesetzten Richtung sich wandten.“ Dies sei für den hohen Anteil „wandernder Stimmen“ verantwortlich, von denen schließlich die NSDAP profitiert habe. Noch viel schlimmer aber stehe es mit dem neuen Mittelstand; dieser sei als „der typische soziale Ort der standort-inadäquaten Ideologie“ anzusehen. Objektiv befänden sich 90 Prozent aller Angestellten in einer proletarischen Lage, einem Zustand, gegen den sie sich subjektiv mit Vehemenz wehrten: „Es findet eine verzweifelte Selbstverschleierung der proletarischen Lage durch Hinweise auf imaginäre Aufstiegsmöglichkeiten statt [...] Die Angst vor *Mindereinschätzung* ist ein psychologisch entscheidendes Moment.“ Dieses sei von der Propaganda der NSDAP erkannt und virtuos ausgenutzt worden:

„Es gibt kaum ein Element der inadäquaten Mittelstandsideologien, auf das die Phraseologie des NS. nicht einen Reim wüßte. Auf diese Reime fielen die Mittelstände herein, weil ihnen die nüchterne Prosa der Realpolitik wenig Trost und Erbauung bot.“²⁰

Hans Neisser, auf dessen Berechnungen sich Geiger bei seinen Interpretationen (mit einer nennenswerten Ausnahme) stützt, geht – wenn auch aufgrund recht gewagter Rechenkunststücke – davon aus, daß „unter den NS. die Angestellten und Beamten sehr viel stärker vertreten sein [werden] als der selbständige Mittelstand. Man muß damit rechnen, daß sie [die Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl 1930] ein Drittel der Stimmen der Angestellten und Beamten zu erlangen wußten.“²¹ Eine Mittelstandsposition vertritt auch der nationalliberale Publizist Arthur Dix, der davon überzeugt ist, daß 1930 „ein sehr großes Kontingent der rechtsradikalen Wählerschaft aus den sechs Millionen Ange-

¹⁹ Th. Geiger, Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit 10 (1930), (hier: S. 648).

²⁰ Zitate nach ebd. Die zeitgenössische sozialdemokratische Interpretation der nationalsozialistischen Wahlerfolge schließt sich eng an Geiger an. Vgl. W. Pyta, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 114ff.

²¹ H. Neisser, Sozialstatistische Analyse des Wahlergebnisses, in: Die Arbeit 1 (1930), S. 659. Die erwähnte Ausnahme bezieht sich auf den Anteil der Industriearbeiter unter den NSDAP-Wählern, den Neisser auf 15-20 Prozent schätzt, während Geiger dies (wenn auch ohne eigenen empirischen Beleg) „als viel zu hoch gegriffen“ betrachtet.

stellten, Vertretern der akademischen freien Berufe und unteren Beamten-schaft²² stammte. Mit geradezu apodiktischer Schärfe zieht der belgische Sozialist und Soziologe Hendrik de Man die Quintessenz aus diesen Analysen:

„Alle soziologischen Untersuchungen über die Zusammensetzung der national- fascistischen [sic] Wählerschaft in Deutschland kommen zu demselben Ergebnis: Diese Schichten gehören im Wesentlichen zum proletarisierten oder mit Proletarisierung bedrohten sogenannten Mittelstand.“

Die NSDAP stelle „eine typische Bewegung von Mittelständlern und Stehkra-genproletariern“ dar.²³

Wie sehr die zeitgenössischen Beobachter von der Richtigkeit ihrer Mittel-schicht-Diagnose überzeugt waren, läßt sich durch eine nahezu beliebig fort-setzbare Reihe einschlägiger Zitate belegen: es sei „nachgerade eine Banalität“, daß „der eigentliche Träger des Nationalsozialismus“ im Mittelstand zu suchen sei, so der Soziologe Svend Riemer. Die NSDAP, finde „tatsächlich in denjeni-gen Schichten ihren soziologischen Träger [...], die klassenmäßig nicht eindeu-tig gebunden sind: in Beamtentum und Angestelltenschaft, und im Pfründner-tum des Kleingewerbes und der nicht rentablen Landwirtschaft [...]“.²⁴ Auch der sozialdemokratische Politiker Carlo Mierendorff gelangt zu dem Ergebnis: „Der Nationalsozialismus ist eine soziale Bewegung des alten und neuen Mit-telstandes [...] und der Bauern.“²⁵ Ähnlich benennt Ludwig Stahl in der katholi-schen Zeitschrift *Hochland* als „ursprüngliche Klassenbasis“ des Nationalso-zialismus „den proletarisierten Mittelstand“,²⁶ hebt auch der kommunistische Wahlanalytiker Erkner den maßgebenden Anteil der Angestellten und Beamten an den nationalsozialistischen Erfolgen hervor²⁷ etc.

Dagegen seien Arbeiter, darüber sind sich fast sämtliche wissenschaftlichen Wahlanalysen und -kommentare jener Tage ebenfalls einig, gegenüber dem Nationalsozialismus wenn überhaupt, dann nur in verschwindend geringem Maße anfällig gewesen.²⁸ Neben dem oben schon erwähnten, in einem eher

²² O. Dix, Die deutschen Reichstagswahlen 1871-1930 und die Wandlungen der Volksgliede-rung. Tübingen 1930, S. 38. Nur wenige Seiten weiter schreibt Dix allerdings: „Andererseits lehrt nicht nur der Augenschein bei Versammlungen und Umzügen, daß die Nationalsozialis-ten unter der jüngeren Arbeiterschaft reichlichen Zuzug haben.“ Ebd., S. 50.

²³ H. De Man, Sozialismus und Nationalfascismus, Potsdam 1931, S. 7f.

²⁴ S. Riemer, Zur Soziologie des Nationalsozialismus, in: Die Arbeit 9 (1932), S. 103.

²⁵ C. Mierendorff, Überwindung des Nationalsozialismus, in: Sozialistische Monatshefte 3 (1931), S. 225-229.

²⁶ L. Stahl, Das Dritte Reich und die Sturmvoegel des Nationalsozialismus, in: Hochland 9 (1931), hier zitiert nach „Berichte“, S. 181.

²⁷ S. Die Internationale, 7 (1931), hier zitiert nach „Berichte“, S. 96f.

²⁸ W. Scheunemann, Der Nationalsozialismus. Quellenkritische Studie seiner Staats- und Wirtschaftsauffassung, Berlin 1931, S. 20; Scheunemann war sich sicher, daß die Gewinne der Nationalsozialisten nicht aus der Arbeiterschaft im engeren Sinne stammen konnten: „Daß die N.S.D.A.P. keine Industriearbeiter zu sich heranziehen konnte, wurde nachgewiesen.“

sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsperiodikum publizierenden Hans Neisser, der von ca. 15-20 Prozent Arbeiterwählern der NSDAP ausgeht, vertritt eigentlich nur noch der für eine kommunistische Zeitschrift schreibende Hans Jäger die Überzeugung, daß ein nennenswerter Prozentsatz von Arbeitern 1930 nationalsozialistisch gewählt haben dürfte (er setzt, wenn auch aufgrund ähnlich gewagter Berechnungsverfahren wie Neisser, den Arbeiteranteil innerhalb der NSDAP-Wähler mit mehr als 20 Prozent an). Doch weder Neisser noch Jäger bezweifeln die unvergleichlich größere Affinität der Mittelschichten zum Nationalsozialismus. Sie differenzieren lediglich etwas stärker als andere Interpretieren. Durchaus typisch für die zeitgenössischen Auffassungen von der Immunität der Arbeiterschaft ist denn auch Werner Stephan, der in seiner auch heute noch vielzitierten Analyse der Reichstagswahl 1930 konstatiert:

Es ergibt sich [...] mit völliger Klarheit, daß die nationalsozialistischen Wähler erst in letzter Linie dem Proletariat entstammen. Es ist schon zweifelhaft, ob die Arbeiterstimmen, die für die Hitlerpartei abgegeben worden sind, auch nur ausgereicht hätten, um die zwölf Handarbeiter, die sich unter den 107 nat. soz. Reichstagsabgeordneten befinden, in den Reichstag zu entsenden.²⁹

Soweit also einige durchaus typische zeitgenössische Rekonstruktions- und Erklärungsversuche der nationalsozialistischen Wahlerfolge nach 1928. Auf einen begrifflichen Nenner gebracht unterteilen sich die hierbei vertretenen Ansichten in eine klare Mehrheitsposition, die die Mittelschichten für den Aufstieg des Nationalsozialismus verantwortlich macht, und in einen (quantitativ allerdings eher unbedeutenden), bezeichnenderweise vor allem in der Tagespresse zu Wort kommenden Minderheitenstandpunkt,³⁰ der davon ausgeht, daß alle sozialen Schichten, wenn auch in möglicherweise unterschiedlichem Ausmaße, von der nationalsozialistischen Welle erfaßt worden seien.

Die empirische Basis der zeitgenössischen Mittelschichtthese

Für die Zeitgenossen sprach zunächst einmal der Augenschein zugunsten der Mittelschichtthese. Waren denn nicht die Arbeiterparteien im Saldo trotz aller blockinternen Verschiebungen von der SPD zur KPD bei den Reichstagswahlen stabil geblieben, während die liberalen, konservativen und partikularistisch orientierten Gruppierungen nach 1928 einen ungemeinen Rückgang an

Die Landarbeiterschaft scheint in gewissem Umfang [...] zur N.S.D.A.P. abgeschwenkt zu sein."

²⁹ W. Stephan, Zur Soziologie der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, in: Zeitschrift für Politik 20 (1931), S. 798. Hätte Stephan recht, würde das bedeuten, daß nur knapp drei Prozent der wahlberechtigten Arbeiter 1930 NSDAP gewählt hätten.

³⁰ So etwa G. Decker, in: Der Abend v. 16. September 1930 und die (kommunistische) Rote Fahne v. 16. September 1930.

Wählerstimmen hinnehmen mußten? Und waren die Parteien des bürgerlich-protestantischen Blocks nicht überwiegend Mittelstandsparteien? War es dann nicht plausibel, davon auszugehen, daß die Wahlerfolge der NSDAP das Ergebnis einer Radikalisierung der Mittelschichten darstellten? Die Zeitgenossen müssen von der Parallelität des Aufstiegs der Nationalsozialisten und des Niedergangs der bürgerlich-protestantischen Gruppierungen so beeindruckt gewesen sein, daß sie gleichsam automatisch von den Veränderungen der Parteilager im Deutschen Reich auf die dahinterstehenden verdeckten, aber nicht zwangsläufig damit identischen Wählerwanderungen und von der Politik und dem Führungspersonal der einzelnen Parteien auf deren soziale Zusammensetzung schlossen.

Für die journalistische Wahlberichterstattung mag das akzeptabel sein, als sozialwissenschaftliche Wahlanalyse jedoch reicht diese Art des Augenscheins keinesfalls aus. Denn die im Wahlergebnis auf Reichsebene sichtbar werdenden (Netto-)Verschiebungen zwischen den Parteien sind für die Rekonstruktion von Wählerbewegungen völlig ungeeignet, da sie saldierte Werte darstellen, in denen die (Brutto-)Gewinne und Verluste der verschiedenen Parteien bereits gegeneinander aufgerechnet sind.

Genauso wenig ist es statthaft, vom Führungspersonal einer Partei auf deren Gefolgschaft zu schließen, wie das folgende Beispiel verdeutlicht: Mit wenigen Ausnahmen setzt sich heute das Führungspersonal von SPD, CDU und CSU aus Akademikern zusammen, doch stellen Akademiker jeweils nur eine kleine Minderheit der Wähler dieser Parteien. Ähnliches gilt für den Zusammenhang zwischen Programmatik und Wählerstamm. Die Sozialwissenschaftler der Weimarer Republik hätten das wissen können, doch fehlten ihnen vielfach die zur Wahlanalyse notwendigen statistischen Grundkenntnisse. Die Evidenz des Augenscheins ersetzte allzu häufig die systematische empirische Analyse.

Dabei gab es schon damals einige, wenn auch spärliche und im Resultat keineswegs eindeutige statistische Untersuchungen über die Wählerschaft der NSDAP: So kommt der Direktor des Hessischen Landesstatistischen Amtes, Erwin Lind, in einer Analyse der Reichstagswahl von 1930 zu dem Ergebnis, daß die Nationalsozialisten in Hessen ihren Aufschwung in erster Linie der „Mobilisierung der Wahlmüden“ zu verdanken gehabt hätten. Diese Mobilisierung sei ihr auf dem flachen Lande besonders gut gelungen. Daneben konnten sie aber auch „ohne Zweifel Gewinne [...] gegenüber den bürgerlichen Rechts- und Mittelparteien erzielen [...], während sie im katholischen Volksteil und unter der Arbeiterschaft am schwersten Boden gewinnen konnten.“³¹ Doch definiert Lind seine „Arbeitergemeinden“ durch den Anteil der Lohnsteuerpflichtigen, also über Arbeitnehmer inklusive der Angestellten und Beamten.

³¹ R. Lind, Die Wähler der NSDAP. Eine statistische Untersuchung der Wahlergebnisse in Hessen, in: Frankfurter Zeitung v. 3. Dezember 1930, Morgenblatt, S. 2.

Als zeitgenössischer Kronzeuge der Mittelstandshypothese ist er daher nur bedingt zu gebrauchen.

Gegen die Überzeugung von der besonderen Anfälligkeit der sogenannten Stehkragenproletarier wendet sich die zweite (und letzte) „härteren“ wissenschaftlichen Anforderungen standhaltende Wahlstudie jener Tage.³² Der Jurist und Sozialwissenschaftler Heinz Herz errechnete in seiner 1932 veröffentlichten Dissertation nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Angestellten und Beamten in überwiegend evangelischen Gebieten des Reiches eine positive Korrelation mit den Stimmen der sozialistischen Parteien (und eine negative Korrelation mit den Stimmen der bürgerlichen Gruppen einschließlich der NSDAP), was er folgendermaßen kommentiert:

Dieses Ergebnis ist für die Gruppe der Angestellten und Beamten überraschend [...] Namentlich von den Angestellten wird vielfach behauptet, daß sie bei der letzten Wahl [1930] das Hauptkontingent der nationalsozialistischen Stimmen gestellt hätten. Die hier gewonnenen Koeffizienten zeigen jedoch ganz eindeutig, daß die Angestellten und Beamten stärker sozialistisch als bürgerlich wählen, was auch verständlich wird, wenn man bedenkt, daß die große Mehrzahl der in diesen Gruppen befindlichen Erwerbstätigen den untersten, in ihrer Lebenshaltung proletarischen Angestellten- und Beamtenkategorien angehört.³³

Urteile wie die von Herz wirken jedoch eher wie die des sprichwörtlichen Rufers in der Wüste. Sie gehen im stimmächtigen Chor der Mittelstandstheoretiker unter (und wurden dementsprechend selten auch von späteren Interpreten der nationalsozialistischen Wahlerfolge bemerkt oder aufgegriffen). Das mag vor allem daran gelegen haben, daß gerade die an Wahlen interessierten zeitgenössischen Sozialwissenschaftler dazu tendierten, gesellschaftliche Vorgänge aus einer klassentheoretischen, vom Marxismus beeinflussten Perspektive zu interpretieren. Bereits im „Kommunistischen Manifest“ von 1848 weist Marx auf den „reaktionären“ Charakter des Kleinbürgertums hin: „Der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu si-

³² Eine weitere wahlstatistische Untersuchung (J. Griesmeier, Statistische Regelmäßigkeiten bei den politischen Wahlen und ihren Ursachen, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 1 (1933/34), S. 1-19), die ebenfalls davon ausgeht, daß der Nationalsozialismus „es fertig gebracht [hat], große Teile des städtischen Bürgertums und der Landbevölkerung auf seine Seite zu ziehen“ (S. 17), macht keine Aussagen über die Angestellten und ist überdies zu spät erschienen, um noch auf die zeitgenössischen Interpretationen Einfluß nehmen zu können. Die bekannte Studie von Rudolf Heberle über Schleswig-Holstein (Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Stuttgart 1963) wurde – zunächst in einer amerikanischen Fassung – erst nach dem Kriege publiziert.

³³ H. Herz, Über Wesen und Aufgaben der politischen Statistik. Eine statistische Studie, Waldenburg 1932, S. 95f.

chern.³⁴ In doppelter Frontstellung gegen Bourgeoisie und Proletariat suchten sie das Rad der Geschichte zurückzudrehen, um als Stand zu überleben.³⁵ Das damit in die Welt gesetzte Erklärungsparadigma von der reaktionären oder, auf die Zwischenkriegszeit angewendet, faschistischen Rolle des kleinen Mittelstandes wurde von vielen Weimarer Intellektuellen – Sozialwissenschaftlern und Publizisten, Sozialdemokraten und Linksliberalen – übernommen, ein Phänomen, das nach Auffassung des amerikanischen Soziologen Richard Hamilton nur wissenssoziologisch, durch Gruppendruck und Schulbildung, zu erklären ist. Auf diese Weise traten alternative Erklärungsmöglichkeiten gar nicht mehr in ihr Blickfeld. Auch brachte die erfahrungswissenschaftlich nicht weiter überprüfte Deutung des Nationalsozialismus als mehr oder minder reines Mittelschichtphänomen eine enorme Vereinfachung eines komplexen, bedrohlich erscheinenden historischen Prozesses mit sich. Die Immunität der Arbeiterschaft mutete dabei als ebenso selbstevident an wie die Affinität des Kleinbürgertums zum Nationalsozialismus. Die sehr viel weitergehende Resistenz des katholischen Wählerlagers dagegen war bezeichnenderweise kaum jemals Gegenstand zeitgenössischer sozialwissenschaftlicher Reflexion. Die Quellen des Aufstiegs der NSDAP zur Massenpartei stellten auf diese Weise für die zeitgenössische Sozialwissenschaft kein ungelöstes Forschungsrätsel dar, wie aufgrund der Untersuchungslage zu erwarten gewesen wäre, sondern bildeten lediglich ein weiteres Exerzierfeld der klassentheoretischen Deutung politischer Vorgänge.

Nachkriegsinterpretationen

Die Mittelstandsthese wurde nach dem Kriege von den meisten Historikern und vielen am Nationalsozialismus interessierten Sozialwissenschaftlern wieder aufgegriffen und mit unbedeutenden Modifikationen bis in die achtziger Jahre fortgeführt. Ihre einflußreichste Formulierung erfuhr sie durch den amerikanischen Soziologen Seymour Martin Lipset, der unter Berufung auf eine Diplomarbeit aus dem Jahre 1948 den nach Geiger theoretisch überzeugendsten Erklärungsversuch über die Affinität von Mittelschichten und NSDAP formulierte, diese aber im Gegensatz zu Geiger sehr stark auf den alten Mittelstand zuspitzte. Im deutschen Sprachbereich waren es vor allem Heinrich August Winkler

³⁴ Manifest der kommunistischen Partei. Zitiert nach: Karl Marx. Auswahl und Einleitung von Franz Borkenau, Frankfurt a.M. 1956, S. 107. Den Hinweis auf die Marx'schen Wurzeln der Mittelschichtthese habe ich Hamilton (Anm. 1), S. 462ff., entnommen.

³⁵ Diese Argumentation wurde Ende der fünfziger Jahre von dem amerikanischen Soziologen Seymour Martin Lipset in seinem bekannten Beitrag über den Faschismus als Extremismus der Mittelklasse fast wörtlich wieder aufgegriffen. Vgl. S. M. Lipset, Nationalsozialismus – ein Faschismus der Mitte, in: Ders., Soziologie der Demokratie, Neuwied 1962, S. 131ff.

und Jürgen Kocka, die sich – zustimmend – mit der Mittelschichtinterpretation des Nationalsozialismus auseinandersetzen. Winkler tat dies unter deutlicher Distanzierung von der Konstruktion Lipsets, es habe sich beim deutschen Faschismus um einen Extremismus der Mitte gehandelt. Zwar sei von der sozialen Zusammensetzung seiner Anhänger und Gefolgsleute der Nationalsozialismus tatsächlich ein Extremismus der Mittelschichten gewesen, ideologisch aber handele es sich um unverhüllten Rechtsextremismus: „Die Antworten, die der Nationalsozialismus auf das Schutzverlangen von Kleingewerbetreibenden und Bauern und auf die Proletarisierungsfurcht der Angestellten gab, waren [...] durchweg ‚rechte‘ Antworten.“³⁶ Neuere empirische Evidenz zur im vorstehenden Zitat stillschweigend vorausgesetzten stark überdurchschnittlichen Anfälligkeit von Angestellten gegenüber dem Nationalsozialismus (und zur im Zusammenhang damit stets unterstellten geringen Affinität von Arbeitern) legte Winkler in seinem Beitrag jedoch nicht vor. Er beruft sich vielmehr vorwiegend auf die gleichen Quellen wie Lipset und einige Jahre später Kocka.

Dieser stellt in einer vielzitierten Monographie zur Sozialgeschichte der deutschen Angestellten fest: „Am Ende der Weimarer Republik [...] gehörten die Angestellten neben den städtischen Selbständigen und den Bauern [...] zu jenen sozialen Gruppierungen, die die nationalsozialistische Bewegung überdurchschnittlich stark unterstützten.“³⁷ Als Beleg führt Kocka unter anderem „die hohe, im Ausmaß nur von den nicht-landwirtschaftlichen Selbständigen leicht übertroffene Überrepräsentation [...] von Angestellten unter den Mitgliedern der NSDAP von 1930 [...]“ an.³⁸ Dabei beruft er sich auf den Befund der Parteistatistik der NSDAP von 1935, die allerdings im Widerspruch zu den Ergebnissen des zeitgenössischen NS-Sozialforschers Studentkowski und den Untersuchungsergebnissen Katers über die NSDAP-Neumitglieder steht.³⁹ Übereinstimmend weisen alle methodisch stichhaltigen Untersuchungen zur NSDAP-Partei Mitgliedschaft heute auf eine eher durchschnittliche, wenn nicht sogar leicht unterdurchschnittliche Repräsentation von Angestellten unter den NSDAP-Neumitgliedern hin.⁴⁰

³⁶ H. A. Winkler, Extremismus der Mitte? Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: VfZ 42 (1972), 185f.

³⁷ J. Kocka, Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850-1980, Göttingen 1981, S. 148.

³⁸ Ebd., S. 149.

³⁹ Vgl. für beide Resultate M. Kater, The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders, 1919-1945, Cambridge, Mass. 1983, S. 245 und S. 250. Angesichts dieser Diskrepanz und der Tatsache, daß die Parteistatistik zwar durchaus für das Jahr 1935, nicht aber für die davorliegenden Perioden zuverlässige Angaben enthält, da für frühere Zeitabschnitte nur die Mitglieder berücksichtigt sind, die zwischen 1925 und 1930 bzw. 1930 und 1933 eingetreten und bis 1935 in der Partei geblieben sind, wird die Beweiskraft des von Kocka verwendeten Zahlenmaterials erheblich relativiert.

⁴⁰ Vgl. hierzu neuerdings D. Mühlberger, Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement, London 1990, Kap. 1. So ermittelt Mühlberger für den Gau Württemberg-Hohenzollern eine erhebliche Diskrepanz zwischen der „Parteistatistik“ und seinen eigenen

Neben den Mitgliedern führt Kocka als unterstützenden Beleg seiner These auch die angebliche Überrepräsentation der Angestellten unter den Wählern der NSDAP an. Er beruft sich dabei vor allem auf die bereits erwähnte Diplomarbeit des amerikanischen Agrarsoziologen Pratt, der für die Juliwahl 1932 in den von ihm untersuchten Gemeinden des Reiches mit mehr als 25000 Einwohnern eine schwach positive Korrelation des Angestellten- und Beamtenanteils mit dem Stimmenanteil der NSDAP ermittelte. Pratt wie auch einige neuere Studien von Childers und Hamilton bestätigen nach Ansicht Kockas,

„daß der Anteil der Angestellten an der NSDAP-Wählerschaft 1930-32 viel größer war als ihr Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung [...]; sie zeigen, daß der Arbeiter-Angestellten-Unterschied eine wichtige Scheidelinie im Wahlverhalten jener Jahre darstellte.“⁴¹

Zur weiteren Abstützung dieser These beruft sich Kocka auf Zeitgenossen wie Geiger, Neisser, den Weimarer Soziologen Victor mit seiner These von der Proletarisierung des Mittelstandes, den sozialdemokratischen Politiker Carlo Mierendorff und vor allem auf eine Untersuchung Hans Speiers über „Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus“⁴² sowie die Erhebung Erich Fromms über „Angestellte und Arbeiter am Vorabend des Dritten Reiches“. Außer der wegen ihrer eklatanten, von Kocka erkannten Repräsentativitätsmängel kaum als empirischer Beleg geeigneten Untersuchung Fromms stellen die zitierten zeitgenössischen Werke jedoch keine empirischen Analysen über die Wählerschaft der NSDAP dar. Vielmehr handelt es sich bei ihnen um impressionistische, um nicht zu sagen: pointillistische Beobachtungen und um mehr oder minder plausible Erklärungsversuche eines zwar von vorneherein unterstellten, aber hinsichtlich seiner Richtigkeit niemals ernsthaft in Frage

Untersuchungsergebnissen, die darauf hindeuten, daß im Vergleich zur erwerbstätigen männlichen Bevölkerung Angestellte unter der NSDAP-Neueintritten bei weitem nicht so stark über- und Arbeiter sehr viel weniger stark unterrepräsentiert waren als dies aufgrund der „Parteistatistik“ zu vermuten wäre (vgl. seine Tabelle 3.5). Aufgrund seiner Ergebnisse kann man sogar von einer weitgehenden Übereinstimmung zwischen der Berufszusammensetzung der NSDAP-Neu-Mitglieder und der Gesamtbevölkerung sprechen, was Mühlberger dazu führt, von der NSDAP als einer echten „Volksbewegung“ zu sprechen. Dies gilt selbst für einen von manchen Autoren geforderten reinen Männervergleichsmaßstab, wie man aus Mühlbergers Ergebnissen erkennen kann. Ähnliche Verteilungen ermittelten auch Kater (Anm. 39) und J. P. Madden, *The Social Composition of the Nazi Party, 1919-1933*. Ph.D. Thesis. University of Oklahoma, 1976. Eine leichter zugängliche Präsentation seiner Ergebnisse legte Madden kürzlich vor: Ders., *The Social Class Origins of Nazi Party Members as Determined by Occupations, 1919-1933*, in: *Social Science Quarterly* 1 (1987), S. 34-56.

⁴¹ Kocka (Anm. 37), S. 154.

⁴² Vgl. H. Speier, *Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus*. Zur deutschen Sozialstruktur 1918-1933. Frankfurt a.M. 1977, dessen Ausführungen über die NSDAP-Anfälligkeit der Angestellten bei Wahlen jedoch weitestgehend auf Hörensagen beruhen oder sich auf methodisch recht zweifelhafte Nachkriegsrekonstruktionen berufen und daher nur einen geringen empirischen Beweiswert besitzen.

gestellten oder gar mit adäquaten Methoden und Daten untersuchten Verhaltens.

Für alle genannten Arbeiten mit Ausnahme der Untersuchung von Pratt gilt folglich das Verdikt des deutsch-englischen Sozialhistorikers Detlef Mühlberger:

Die frühen Versuche von Politikwissenschaftlern, Historikern und politischen Kommentatoren, die Frage zu beantworten, welche Sozialtypen vom Nationalsozialismus angezogen wurden, beruhten hauptsächlich auf Eindrücken und Behauptungen, die von keinerlei sinnvoller empirischer Evidenz unterstützt wurden.⁴³

Auch die von Kocka als ergänzende Belege für die überdurchschnittliche Anfälligkeit von Angestellten gegenüber dem Nationalsozialismus bei Wahlen herangezogenen Ausführungen von Heinrich August Winkler oder Michael Prinz liefern keine neuen empirischen Belege für seine These.⁴⁴ Hauptquelle für Winkler wie für Kocka ist die Studie von Pratt, der jedoch nicht die Wahlentwicklung zwischen 1928 und 1933 für das Gesamtgebiet des Deutschen Reiches untersucht, sondern seine Analyse auf die Juliwahl 1932 in 193 von insgesamt 222 Städten des Reiches mit mehr als 25000 Einwohnern beschränkt. Dies relativiert die Aussagekraft seiner Resultate sowohl zeitlich als auch räumlich. Obendrein unterscheidet Pratt nicht zwischen Angestellten und Beamten, die er als „untere Mittelklasse“ zu einer einzigen Gruppe zusammenfaßt, wodurch Aussagen über die Angestellten als eigene Sozialgruppe unmöglich werden.⁴⁵ Ferner interpretieren Pratt und mit ihm praktisch alle, die sich auf ihn berufen, die von ihm ermittelten Korrelationskoeffizienten in höchst fehlschlußgefährdeter Weise, wenn die auf Gemeindeebene festgestellten statistischen Beziehungen mit den zwar dahinterstehenden, aber nur selten damit identischen Individualkorrelationen gleichgesetzt werden. Endlich ermittelt er für die von ihm untersuchten Gemeinden im allgemeinen nur sehr schwache, häufig eher auf einen Nichtzusammenhang als auf eine systematische statistische Beziehung hindeutende Korrelation zwischen dem Beamten- und Angestelltenanteil auf der einen und den NSDAP-Wahlerfolgen auf der anderen Seite.⁴⁶ Selbst dort, wo seine Korrelationskoeffizienten eine interpretierbare Größenordnung erreichen, bedeutet dies bestenfalls, daß im Durchschnitt seiner

⁴³ Mühlberger (Anm. 40), S. 11 (Maschinenskript).

⁴⁴ Michael Prinz, ein Schüler von Kocka, ist später dann unter dem Eindruck der neueren wahlhistorischen Forschungsergebnisse von der These der Überrepräsentation der Angestellten unter den Wählern der NSDAP abgerückt. Vgl. Prinz, M., Ein Bilderbuchverhalten an Mäbigung? Kritische Fragen zu den Angestellten in Weimar, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 17 (1988), S. 83-106.

⁴⁵ Kocka (Anm. 37) spricht auf S. 150 in der Legende von Tabelle 1 nur von Angestellten, im Text dann allerdings korrekt von Angestellten/Beamten.

⁴⁶ Pratt drückt sich entsprechend vorsichtig aus: „At best it appears that the lower middle class may have supported the Nazis.“ S. Pratt, *The Social Basis of Nazism and Communism in Urban Germany. A Correlational Study of July, 31, 1932 Reichstag Election in Germany*, M.A. Thesis, Michigan State University, East Lansing 1948, S. 125.

Untersuchungsgemeinden der NSDAP-Anteil mit wachsendem Angestelltenanteil ganz leicht zunimmt. Angesichts der erwähnten Fehlschlußproblematik darf ein solches Ergebnis aber nicht so interpretiert werden, als ob die Angestellten automatisch für diesen nur auf der Ebene der Gemeinden gültigen Zusammenhang statistisch verantwortlich seien.⁴⁷

Pratts Untersuchung war also ebenso wenig geeignet, als Beleg für die These von der erhöhten NSDAP-Anfälligkeit der Angestellten zu dienen, wie die Parteistatistik. Dies wäre vielleicht dann nicht gravierend gewesen, wenn sich die aus Pratt, Childers oder Hamilton herausgelesenen statistischen Beziehungen zwischen dem Angestellten- und NSDAP-Anteil tatsächlich nachweisen ließen. Die heute verfügbaren, alle Kreise bzw. Gemeinden des Deutschen Reiches umfassenden wahlhistorischen Untersuchungen ergeben jedoch noch nicht einmal den von Pratt ermittelten schwach positiven, sondern einen recht deutlich ausgeprägten negativen Zusammenhang zwischen dem Angestellten- und dem NSDAP-Anteil. In Gebieten bzw. Gemeinden mit einem über dem Landesdurchschnitt liegenden Angestelltenanteil hat demnach die NSDAP tendenziell schwächer abgeschnitten als in Gebieten mit einem überdurchschnittlichen Angestelltenanteil.⁴⁸ Was man auch kontrolliert: Der von der Mittelschichtthese vorausgesetzte positive Korrelationszusammenhang zwischen Angestelltenanteil und NSDAP-Wahlerfolgen läßt sich nicht herstellen.⁴⁹ Der Versuch, das gruppenspezifische Wahlverhalten der Angestellten mit Hilfe geeigneter statistischer Verfahren zu schätzen, führt sogar zu dem Ergebnis, daß Angestellte wohl eher unterdurchschnittlich, bestenfalls aber durchschnittlich für die NSDAP gestimmt haben. Arbeiter dagegen waren den gleichen Untersuchungen zufolge – wie schon im Falle der Mitglieder – unter den Wählern bei weitem nicht so stark unterrepräsentiert, wie von der Mittelschichtthese vorausgesetzt wird. Zusammengekommen bedeuten diese Ergebnisse der neue-

⁴⁷ Es handelt sich hier natürlich um den vielzitierten ökologischen Fehlschluß, der nichts anderes bedeutet, als daß es ohne weitergehende Informationen unstatthaft ist, von korrelativen Zusammenhängen auf Gebietsebene auf die entsprechenden Individualbeziehungen zu schließen. Man kann Pratt diese Fehlinterpretation nicht vorwerfen, da er seine Untersuchung einige Jahre vor der Popularisierung dieses Fehlschlusses durch Robinson (1950) abschloß, wohl aber denen, die sich heute auf ihn berufen.

⁴⁸ Daß dieses Resultat nicht das Ergebnis einer sogenannten Scheinkorrelation ist, also nicht auf den Effekt unkontrolliert wirkender Störfaktoren zurückgeführt werden kann, ergibt sich aus der sogenannten multivariaten Analyse, in der solch potentiellen Störfaktoren wie die Konfessionsverteilung, der Selbständigen- und der Arbeiteranteil oder der Verstädterungsgrad statistisch kontrolliert werden.

⁴⁹ Dieses Resultat ermitteln unabhängig voneinander anhand unterschiedlicher Datensätze und Berechnungsverfahren sowohl Th. Childers, (National Socialism and the New Middle Class, in: R. Mann [Hrsg.], Die Nationalsozialisten, Stuttgart 1980, S. 19-33) als auch D. Hänisch (Sozialstrukturelle Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens in der Weimarer Republik. Eine Aggregatdatenanalyse der Ergebnisse der Reichstagswahlen 1924-1933, Duisburg 1983, S. 180ff.) und J. W. Falter (Hitlers Wähler, Die Anhänger des Nationalsozialismus 1928-1933, München 1991, Kap. 7).

ren Wahl- und Mitgliederforschung, daß die NSDAP viel eher eine Volkspartei als eine Mittelschichtsbewegung gewesen ist und daß die vorgelegten, von einer eindeutigen Mittelschichtbasis des Nationalsozialismus ausgehenden sozialwissenschaftlichen und sozialhistorischen Theorien eher eine Fiktion als ein Faktum zu erklären versuchen.⁵⁰

Gründe für diese verhältnismäßig niedrige, weit unter den Erwartungen der meisten zeitgenössischen Beobachter liegende Anfälligkeit der Angestellten gegenüber dem Nationalsozialismus ließen sich ebenso leicht finden, wie von den Zeitgenossen und modernen Sozialhistorikern plausibel klingende Erklärungen für das gegenteilige Phänomen entwickelt wurden. Beispielsweise ließe sich argumentieren, daß angesichts der sozialen Spannweite der Angestellten-Kategorie kaum von gemeinsamen wirtschaftlichen oder sozialen Interessen ausgegangen werden könne und daher ein einheitliches politisches Verhalten der Angestellten eher unwahrscheinlich sei. Darauf deutet auch die zwar bekannte, in der Argumentation zu Gunsten einer hohen NSDAP-Anfälligkeit der Angestellten aber gerne übersehene Tatsache hin, daß es noch Anfang der dreißiger Jahre drei nahezu gleichgroße Angestelltengewerkschaften mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung gab. Auch nahm der Angestellten-Anteil innerhalb der SPD sowohl auf der Mitglieder- als auch auf der Wählerebene nach der Jahrhundertwende erheblich zu, während gleichzeitig die klassischen Mittelschichtparteien nicht nur von Beamten und Angestellten, sondern auch von Selbständigen und Arbeitern unterstützt wurden.⁵¹ Schließlich ließ man außer Acht, daß ja ein nicht geringer Teil der Angestelltenschaft durchaus noch zum Arbeitermilieu gezählt werden konnte; so stammten nicht wenige Angestellte von Arbeitern ab, wohnten Hunderttausende, wenn nicht Millionen nach wie vor in den klassischen Arbeitervierteln der deutschen Großstädte (zwischen 1925 und 1933 beispielsweise war in den „typischen“ Berliner Arbeiterbezirken im Schnitt jeder fünfte Erwerbstätige ein Angestellter), waren viele Angestellte mit „Proletariern“ verschwistert, verschwägert oder verheiratet (daraus nicht untypisch für die Weimarer Zeit ist etwa die Kombination Mann gleich Facharbeiter, Ehefrau gleich Verkäuferin oder Bürogehilfin). Angesichts der Tatsache, daß das Wahlverhalten von Familienangehörigen, Freunden und Arbeitskollegen (in dieser Reihenfolge) auch heute noch tendenziell übereinstimmt, deutet dies durchaus auf ein stark ausdifferenziertes Wahlverhalten der deutschen Angestellten hin.

⁵⁰ Vgl. hierzu ausführlicher jetzt J. W. Falter, Die NSDAP – Die erste deutsche Volkspartei?, in: M. Prinz und R. Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991.

⁵¹ Vgl. hierzu J. W. Falter unter Mitarbeit von H. Böermann, Die Wählerpotentiale politischer Teilkulturen 1920-1933, in: D. Lehnert und K. Megerle (Hrsg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 282-305.

Endlich hatten die Angestellten als Sozialgruppe weniger Grund zu politischem Protest als beispielsweise die Arbeiterschaft. Denn Arbeiter waren, wie die neuere wirtschafts- und sozialgeschichtliche Forschung belegt, im Durchschnitt sehr viel härter von der Weltwirtschaftskrise betroffen als Angestellte. Dies wird beispielsweise anhand der Arbeitslosenquote deutlich: Relativ gesehen waren rund doppelt so viele Arbeiter wie Angestellte ohne Arbeit, ja eine Reihe von Angestellten erlebte während der Großen Depression sogar einen Anstieg der Realeinkommen, da die Gehaltskürzungen nicht selten geringer ausfielen als die von der Deflation bewirkte Kaufkraftsteigerung der Reichsmark.⁵² Dies zeigt, daß man aufgrund gleich plausibel erscheinender Überlegungen zu ganz unterschiedlichen Realitätsbefunden kommen kann, was als ein weiterer Beleg dafür anzusehen ist, daß empirische Forschung durch nichts, auch nicht durch noch so intensives Theoretisieren zu ersetzen ist.

⁵² Vgl. hierzu R.F. Hamilton, Die soziale Basis des Nationalsozialismus. Eine kritische Betrachtung, in: J. Kocka (Hrsg.), Angestellte im europäischen Vergleich, Göttingen 1981, S. 354-375 und vor allem Prinz, M., Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen, München 1986, S. 59-65. Umgekehrt gilt selbstverständlich das gleiche: Ohne theoretische Überlegungen muß jede Beobachtung blind bleiben.